

Informationsblätter

Einwände und Antworten zur Wirksamkeit Ziviler Konfliktbearbeitung

Ist Zivile Konfliktbearbeitung eine Alternative oder eine Ergänzung zu militärischer Konfliktintervention? In diesem Text werden einige Einwände gegen eine radikale Zivilisierung des Umgangs mit Konflikten ohne Rückgriff auf das Militärische als „letztes Mittel“ betrachtet und auf sie geantwortet.

Wirksamkeit Ziviler Konfliktbearbeitung

Einwand: *„Zivile Konfliktbearbeitung oder Gewaltfreiheit können funktionieren, bevor ein Konflikt zum Krieg eskaliert ist, oder in der Wiederaufbauphase, aber nicht während eines heißen Konfliktes.“*

Dies ist eindeutig falsch. Ganz abgesehen davon, dass auch Mediation ein Instrument der Zivilen Konfliktbearbeitung ist und in der Regel während eines Krieges stattfindet, gibt es sehr viele Aktivitäten, die zivilgesellschaftliche Akteure während eines Krieges entfalten können, wie mit Hunderten von Beispielen belegt werden kann. Die Bandbreite reicht von humanitärer Hilfe, Schutz von Zivilisten und Menschenrechten, der Unterstützung von „Zonen des Friedens“ (wie in Kolumbien und Mindanao) bis hin zur Förderung von Zivilgesellschaft, wo diese trotz eines Krieges noch existiert.

Einwand: *„Man braucht bewaffneten Schutz, damit diejenigen, die mit*

Peacebuilding befasst sind, ihre Arbeit in Sicherheit tun können.“

Dies ist so allgemein formuliert genauso falsch. Es gibt eine Reihe von Missionen unbewaffneter ziviler Peacekeepers. Oftmals ist es gerade umgekehrt: Die Anwesenheit einer internationalen militärischen Truppe, die u.U. als Besatzungsarmee wahrgenommen wird, kann die Gefahr für die zivilen Helfer erhöhen, weil diese dadurch selbst zum Ziel von Angriffen werden, oder Gefahr laufen, in einem Angriff auf das internationale Militär zum „Kollateralschaden“ zu werden. Afghanistan ist ein Beispiel dafür, und es entspricht auch der Erfahrung, die wir mit dem Balkan Peace Team in Kroatien und Serbien/Kosovo in den 1990er Jahren gemacht haben.

Einwand: *„Man kann keinen Krieg allein mit gewaltlosen Methoden stoppen.“*

Ein Krieg wird gewöhnlich entweder dadurch beendet, dass die Konfliktparteien – vielleicht mit Unterstützung eines Konfliktvermittlers von außen – ein Abkommen schließen, oder

Herausgeber:

Bund für Soziale Verteidigung e.V.
Schwarzer Weg 8
32423 Minden
Telefon 05 71 - 29 45 6
Telefax 05 71 - 23 01 9
info@soziale-verteidigung.de
www.soziale-verteidigung.de

Bankverbindung:
Sparkasse Minden - Lübbecke
BLZ 490 501 01
Kto. 89 420 814
IBAN DE73 490 501 01 0089 420 814
Swift-Code WELADED1MIN

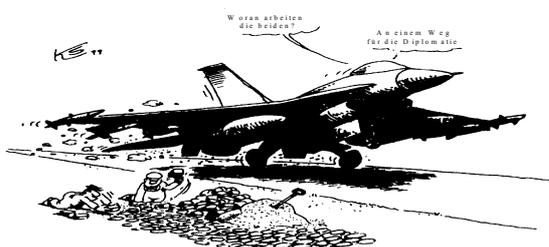
Unsere Projektseiten:
www.no-blame-approach.de
www.nonviolentpeaceforce.de
www.streitschlichtungskongress.de

BSV ist Mitglied dieser Organisationen:
European Network for Civil Peace Services
Forum Crisis Prevention
Forum Ziviler Friedensdienst
Kooperation für den Frieden
Netzwerk Friedenskooperative
Nonviolent Peaceforce
Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

dadurch, dass eine Seite den Krieg gewinnt. Die erste Alternative ist bei Weitem die häufigere! Andere Möglichkeiten, einen Krieg zu stoppen, sind rar, zumindest wenn es um Kriege geht, an denen das eigene Land nicht unmittelbar als Konfliktpartei beteiligt ist. Aber kann man einen Krieg mit militärischen Mitteln von außen stoppen? "Friedens erzwingung" ist eher Mythos als Realität. Sie wird entweder mit den Fällen gerechtfertigt, wo sie nun gerade nicht erfolgte: Ruanda oder der Schutz der "safe areas" (Srebrenica) in Bosnien. Oder sie wird auf Kriege angewendet, deren wahres Ziel der Schutz spezifischer ökonomischer und/oder strategischer Interessen auf Seiten der Eingreifenden war. Und in Fällen, die zwischen diesen beiden angesiedelt sind, wie dem Kosovo-Krieg 1999. Da war das militärische Eingreifen erst die Ursache für das, was es zu verhindern vorgab, nämlich die massenhafte Vertreibung der Bevölkerung.

Einwand: „Die Frage nach Alternativen zu Militär ist falsch gestellt. Zivile Konfliktbearbeitung ist auch nur ein Instrument der Durchsetzung von Herrschaft des Nordens über den Süden.“

Für gewisse politische Eliten erscheint Zivile Konfliktbearbeitung in der Tat vorrangig als passgenauer Baustein in einer politischen Gesamtstrategie, zu der als legitime Mittel der Politik auch Militär-Einsätze, also die Führung von Kriegen, gehören (siehe das Weißbuch 2006 der Bundesregierung). Zivile Mittel und Vorgehensweisen werden dort eingesetzt, wo sie als adäquater als militärische angesehen werden, z. B. in der Konfliktprävention, als ziviles Element in komplexen Missionen der Friedenskonsolidierung (wie z.B. in Bosnien, dem Kosovo oder Afghanistan), oder in Situationen, wo eine Militärintervention aus welchen Gründen auch immer nicht in Frage kommt.



Natürlich ist es schon ein Fortschritt, dass die Bedeutung und Wirksamkeit solcher Instrumente vom ‚Mainstream‘ anerkannt werden. Aber ihre Vermischung mit militärischen Mitteln, sei es mit der Behauptung, dass das Militär zivile Wiederaufbauhelfer „schützen“ soll, sei es, indem das Militär zunehmend selbst solche zivilen Aufgaben wahrnimmt – von humanitärer Hilfe in Kundus bis hin zu Schulungen in Gewaltprävention in Klassenräumen(!) - ist höchst problematisch.

Das heißt aber nicht, dass die Frage nach Konfliktintervention auf die imperiale Dimension reduziert werden kann. Externe Parteien können durchaus eine positive Rolle bei der Verhinderung von Gewalt und der Bearbeitung von Konflikten spielen. Dies liegt nicht nur in ihrem eigenen Interesse, sondern ist in vielen Fällen auch eine ethische Verpflichtung, da letztlich die meisten gewaltsamen Konflikte ihre Wurzeln in der Kolonialzeit haben. Zivile Konfliktbearbeitung muss nicht bedeuten, in einem modernen Protektorat als Auftragnehmer der internationalen Verwaltung Wiederaufbau zu betreiben. Sie kann im Sinne von ‚Empowerment‘ auch eine Unterstützung derjenigen bedeuten, die sich gegen ihre eigene oder fremde Regierungen zur Wehr setzen, die für Menschenrechte, ökonomische und politische Selbstbestimmung oder für einen anderen politischen Kurs ihres Landes eintreten. In Nicaragua hat die US-amerikanische Gruppe „Witness for Peace“ durch ihre Präsenz und ihre parallele Öffentlichkeitsarbeit in den USA wesentlich dazu beigetragen, dass diese sich gegen einen direkten militärischen Angriff auf Nicaragua entschieden.

**Militär ersetzen anstatt
„Konfliktbearbeitung mit und ohne
Waffen“**

Nicht alle internationalen Militäreinsätze sind dürftig legitimierte Kriege, um dem Norden den fortgesetzten Zugang zu Rohstoffen zu bewahren. Selbstverständlich spielen die eigenen Interessen der Entsendeländer beim Peacekeeping oder sog. „Friedenskonsolidierungsmissionen“ immer eine Rolle – wer je die Gelegenheit

hatte, mit hohen UN-Beamten zu sprechen, wird genügend Klagen über all jene Fälle gehört haben, in denen die UN händeringend ihre Mitgliedsstaaten um die Bereitstellung von Peacekeepern bat, aber aus Mangel an Interesse an der jeweiligen Krise scheiterte. Dennoch liegen, was die Legitimation von Militäreinsätzen angeht, Welten zwischen zum Beispiel dem Angriff auf Afghanistan 2001 oder den Irak 2003 auf der einen Seite und der Entsendung von Peacekeepern nach Kambodscha oder Osttimor auf der anderen. In den folgenden Abschnitten soll es eher um diese zweite Kategorie gehen.

Die Okkupation des Zivilen

Es ist eine katastrophale Entwicklung, dass das internationale Militär in Peacekeeping oder ‚Friedenskonsolidierungsmissionen‘ seit den neunziger Jahren immer mehr zivile Aufgaben übernimmt. Es geht hier nicht um das private Engagement einzelner Soldaten und Truppeneinheiten, wie es in Bosnien oder Kosovo vielfach vorkam. Es geht um zivile Aufgaben als Teil der militärischen Strategie („Winning Hearts and Minds“), oder noch weitergehend darum, dass Aufbau als Teil des Mandats der Militärs definiert wird. Haben die beteiligten Regierungen mehr Vertrauen zu ihrem Militär als zu Nichtregierungsorganisationen, ist es bequemer, dem Militär zusätzliche Aufgaben zuzuschustern als entsprechende zivile Kapazitäten aufzubauen?“ Mehrere Gründe sprechen gegen diese Vermischung von ziviler und militärischer Konfliktbearbeitung:

1. Die Qualifikation des Militärs für zivile Aufgaben ist unzureichend.
2. Wo das internationale Militär als Konfliktpartei wahrgenommen wird, ist dessen Hilfe nicht nur nicht nachhaltig, weil sie vielfach zum Ziel von Angriffen wird. Zusätzlich besteht die Gefahr, dass auch Hilfs-Projekte und -Organisationen ziviler Akteure als parteilich wahrgenommen werden. Das unterminiert die Vertrauensgrundlagen für deren Arbeit und legitimiert Angriffe gegen sie, wie z. B. die „Ärzte ohne Grenzen“ in Afghanistan erleben mussten.

3. Die Prinzipien der Neutralität humanitärer Hilfe und der Verpflichtung gegenüber dem humanitären Völkerrecht sind nicht vereinbar mit einem militärischen Mandat, das bestimmte Teile der Bevölkerung als Feinde definiert.
4. Das Do-no-harm Prinzip wird ausgehebelt: Die symbolische Nachricht des „nur wer bewaffnet ist, ist ernst zu nehmen“ wird extrem verstärkt und steigert letztlich die Bereitschaft zur Kriegsführung.
5. Die Arbeit ziviler Organisationen wird darüber hinaus auch dadurch beschädigt, dass das Militär einen immer größeren Teil der vorhandenen Ressourcen beansprucht.

Warum nicht „zivil“?

Weshalb wird heute eigentlich sofort als erstes an die Entsendung von Truppen gedacht, wenn irgendwo auf der Welt eine Krise eskaliert oder ein fragiler Waffenstillstand geschlossen wurde? Zu den Hauptgründen, warum die Vereinten Nationen, die Europäische Union, die Afrikanische Union oder andere (Staaten)Gruppen sich im Zweifelsfall eher für eine militärische als für eine zivile Mission entscheiden, zählen die folgenden Eigenschaften von Militär:

- Es hat die materiellen Ressourcen, die für effektive Einsätze erforderlich sind – sowohl die Ausrüstung (Flugzeuge, Schiffe, LKWs, gepanzerte Autos) wie einen sehr guten und vergleichsweise einfachen Zugang zu sehr großen, manchmal beinahe unbeschränkten Summen Geldes.
- Es hat in den meisten Ländern gute personelle Ressourcen (auch ohne Wehrpflicht) und verfügt über eigene Ausbildungseinrichtungen.
- Als stehendes Heer steht es kurzfristig für Einsätze bereit.
- Militärisches Personal ist sich darüber im Klaren, dass sein Beruf gefährlich ist, und akzeptiert generell die Möglichkeit von Verletzung oder Tod als Berufsrisiko.

All diese Punkte können, wenn es politisch gewollt wird, ohne prinzipielle Schwierigkeiten auf zivile Organisationen

übertragen werden. Materielle Ressourcen können zur Verfügung gestellt werden, durch entsprechende Freistellungsregelungen vom Beruf können personelle Ressourcen geschaffen werden – auch ohne eine stehende ‚Friedensarmee‘ zu bilden (ein Begriff von Gandhi). Und Personal mit den notwendigen Kompetenzen und der Akzeptanz eines Berufsrisikos, das sich vom Berufsrisiko bei Polizei oder Feuerwehr wenig unterscheidet, zu finden und auszubilden dürfte eher einfacher sein als die Nachwuchsgewinnung beim Militär.

Was das Spezialistenwissen angeht, so benötigen Peacekeeping-Einsätze oft spezifische militärische Kenntnisse. Aber zum einen stehen auf dem Arbeitsmarkt viele ehemalige SoldatInnen mit diesen Kenntnissen zur Verfügung, zum anderen könnten diese Kenntnisse ebenso gut ZivilistInnen vermittelt werden. Aufgaben wie Verifikation und Monitoring hängen nicht davon ab, dass sie von SoldatInnen ausgeführt werden. Das gleiche gilt für den Bereich, der im Englischen als „DDR“ bezeichnet wird: Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration von Kämpfenden. Im Gegenteil: Für Soldaten ist die Entwaffnung und Zerstörung von Waffen sogar etwas, das sie oft nur zögernd tun, denn es handelt sich ja um ihre Werkzeuge, während das Gleiche für ZivilistInnen eine kathartische, befreiende Aktion sein kann. Das gleiche gilt für zivile statt militärische Bewacher in Gefangenenlagern und für die Aufgabe der Reintegration (die sowieso meist von zivilen Akteuren durchgeführt wird.)

Für Laien oft eher überraschend, ist auch Minenräumung eine Aufgabe, die schon heute überwiegend nicht von Militärs, sondern von zivilen Fachleuten durchgeführt wird. Es gibt einige NROs, die sich völlig auf diese Aufgabe spezialisiert haben.

Aber, so mag jetzt gefragt werden, ist nicht das Entscheidende, dass Militär mit Waffen ausgerüstet ist und damit Wohlverhalten erzwingen kann?

Als erstes muss hier wieder auf die Einwände gegen die sog. „Friedens erzwingung“ hingewiesen werden, die oben schon ausgeführt wurden. Zum zweiten ist es eine falsche Annahme, dass Waffengewalt der einzige

Weg wäre, ein gewünschtes Verhalten hervorzurufen. Ziviles Peacekeeping ist mehr als eine Zukunftsvision, denn es gibt eine wachsende Liste von positiven Erfahrungen mit unbewaffnetem Schutz in Gewaltkontexten.

Fazit

1. Konzepte Ziviler Konfliktbearbeitung haben Grenzen. Diese sind weit weniger eng und an anderer Stelle angesiedelt, als häufig angenommen wird. Die Hauptgrenze ist dort, wo zur Verfolgung der ökonomischen und strategischen Interessen der mächtigen Staaten versucht wird, Zivile Konfliktbearbeitung im Rahmen einer militärgestützten Gesamtstrategie einzusetzen.
2. Dass heute oftmals dem Militär Aufgaben im Bereich der humanitären Hilfe, Hilfe beim Wiederaufbau und Bereitstellung von Logistik in sog. komplexen Missionen zugewiesen werden, liegen vorrangig daran, dass das Militär einsatzbereit vorhanden ist und die notwendigen Ressourcen zur Verfügung hat.
3. Auch dort, wo – wie bei den klassischen Funktionen des Peacekeeping – in den bisherigen Konzepten Waffen eine entscheidende Rolle spielen, ist fraglich, ob dieselben oder bessere Ergebnisse nicht durch andere Mittel erreicht werden könnten.

Im Interesse einer Zivilisierung der internationalen Politik, um einen alten Begriff aus den 1980er Jahren wieder aufzugreifen, ist es notwendig, sowohl zivile Konfliktbearbeitung zu fördern als auch zu Militäreinsätzen „Nein“ zu sagen, wenn sie nichts als eine Verbrämung für neokolonialen Krieg sind. Zivile Konfliktbearbeitung muss als Alternative, nicht als Ergänzung zu Militär verstanden und unabhängig von ihm organisiert und durchgeführt werden. Ihre Reichweite und Bandbreite müssen weiter entfaltet und ausgedehnt werden. Es bleibt zwar wahr, dass man keinen Krieg von außen mit gewaltfreien Mitteln beenden kann– aber mit gewaltsamen auch nicht.